

Bericht über die AGRB¹-Konferenz vom 24. bis 26. November 2010 in Stuttgart

An der AGRB-Konferenz im Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation nahmen vom 24. – 26. November 2010 Betriebs- und Personalräte aus Einrichtungen der Fraunhofer-, der Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz- und der Leibniz-Gemeinschaft teil.

Prof. Dr. Ulrich Buller, im Vorstand der FhG zuständig für Forschungsplanung, stellt Schwerpunkte und Strategien der FhG vor sowie die derzeitigen politischen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf die FhG. So berichtet er u.a. von der erfolgreichen Integration mehrerer Institute. Er spricht sich für Mitbestimmung und Partizipation der Beschäftigten und ihrer Gremien aus und vertritt die Auffassung, dass eine Firma, die keinen starken Betriebsrat hat, bald eine schwache Firma sein wird.

Mit MdB Krista Sager (Bündnis 90/Die Grünen) werden schwerpunktmäßig 2 Themen besprochen:

- Die gemeinsame Forschungsförderung Bund und Land führt zunehmend zu Schwierigkeiten, da die Länder keine zusätzlichen Mittel für Forschung haben. Weil die Länder den 5 % Aufwuchs für den Pakt für Innovation und Forschung aus ihren Haushalten anteilig finanzieren müssen, fehlen diese Mittel für die ohnehin schon knapp finanzierten Hochschulen. Als Beispiel für die sich daraus ergebenden Folgen nennt sie die ohne wissenschaftliche Begründung, ausschließlich finanztechnisch motivierte Überführung des IFM Geomar von der WGL (Finanzierung 50% Bund, 50% Land) in die HGF (Finanzierung 90% Bund, 10% Land). Sie schlägt vor, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die neue Modelle der Forschungsfinanzierungsstrukturen evaluiert.
- Sie hinterfragt die Attraktivität der Arbeitsplätze in der Wissenschaft bei zunehmendem Anteil von befristet Beschäftigten, Teilzeitbeschäftigten und Stipendiaten. Die Grünen werden sich dafür einsetzen, dass die derzeitige Zeitvertragspraxis durch Regelungen in Tarifverträgen eingeschränkt wird, z.B. in einem Wissenschaftstarifvertrag. Ein Risikofonds sollte für befristete Arbeitsverträge eingeführt werden, der bei Entfristung an die Einrichtung ausgezahlt wird. Auch die Tarifsperre im Wissenschaftszeitvertragsgesetz muss wegfallen. Sie regt an, dass es sich die FhG mit ihrem traditionell hohen Drittmittelanteil zu einer Pionieraufgabe machen könnte, die Organisation eines normalen Berufslebens unter diesen Bedingungen zu ermöglichen (Wissenschaft als Beruf).

Prof. Dr. Thomas Hirth stellt sein Stuttgarter FhG-Institut (IGB) vor, das eng mit der Universität kooperiert. Schwerpunkt seines Vortrags ist die Neuausrichtung seines Instituts in einem transparenten Prozess. Dazu gehört die Entwicklung eines Leitbildes, das nach einer Mitarbeiterbefragung und zusammen mit den Beschäftigten entstanden ist. Für ihn gehören Forschungs-, Finanz- und Personalplanung eng zusammen, damit ein Institut erfolgreich arbeitet.

Unter dem Motto „Traumjob Wissenschaft“ fordert das Templiner Manifest der GEW eine Reform von Personalstruktur und Berufswegen². Beide Gewerkschaften, ver.di und GEW, haben die Befristungsproblematik seit langem erkannt und initiieren entsprechende Aktivitäten in der Politik. Sie kritisieren auch den Abbruch der Verhandlung zur Entgeltordnung durch die TdL (Tarifgemeinschaft der Länder).

Obwohl es seit Jahren die neuen Tarifverträge TVöD, bzw. TV-L gibt, richtet sich die Eingruppierung nach wie vor nach den Regeln der alten Tarifverträge BAT und MTArb. Die Betriebs- und Personalräte vertreten die Auffassung, dass an die MitarbeiterInnen in einem Wissenschaftsbetrieb hohe Anforderungen gestellt und besondere Kenntnisse vorausgesetzt werden. Sie werden die z.T. äußerst unbefriedigende Eingruppierungspraxis immer wieder an entsprechenden Stellen thematisieren, um so wissenschaftsspezifische Erweiterungen zu erreichen. Ein weiteres Thema der Konferenz ist der besorgniserregende Anteil der Zeitverträge und der zunehmende Trend zum Abschluss von jahrelang aufeinanderfolgenden, sehr kurzen Arbeitsverträgen, die oft nur Monate umfassen.

Die AGRB bezieht Position zu wissenschaftsspezifischen Regelungen und hat ihr im Februar 2010 verabschiedetes tarifpolitisches Positionspapier ergänzt.

¹Die Arbeitsgemeinschaft der Betriebs- und Personalräte der außeruniversitären Forschungseinrichtungen – Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), Max-Planck-Gesellschaft (MPG), Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) - vertritt etwa 70.000 Beschäftigte in Forschung und Entwicklung.

² www.templiner-manifest.de